

20.09.13

Beschluss des Bundesrates

Neunte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Der Bundesrat hat in seiner 914. Sitzung am 20. September 2013 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Absatz 2 des Grundgesetzes nach Maßgabe der aus der Anlage ersichtlichen Fassung zuzustimmen und die aus der Anlage ersichtliche Entschließung zu fassen.

Anlage

Neufassung
und
Entscheidung
zur

Neunten Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung
und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

A

Neufassung

Zur Verordnung insgesamt

Die Verordnung ist wie folgt zu fassen:

**'Neunte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung
und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften**

Vom ...

Es verordnen

- die Bundesregierung auf Grund des § 20 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 3 und § 18 Absatz 4 des Melderechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342);

- das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

- auf Grund des § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a, c, d, j, k, m, n, r, s, u und w, Nummer 2 Buchstabe l und p, § 6 Absatz 3, § 6e Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe c, § 26a, § 30c Absatz 1 Nummer 1, 3 bis 6, § 63 Nummer 2 und 8 des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), von denen § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe d durch Artikel 1 Nummer 6 Buchstabe b des Gesetzes vom 2. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1748), § 6 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe n, s, u und w zuletzt durch Artikel 1 Nummer 6 des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [Einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze nach dessen Artikel 9 Absatz 2], § 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe l durch Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 20. Juni 2011 (BGBl. I S. 1124), § 6 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe p durch Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a des Gesetzes vom 3. Mai 2005 (BGBl. I S. 1221), § 6e Absatz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe a des Gesetzes vom 2. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1748), § 26a Absatz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 3 des Gesetzes vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1460), § 30c Absatz 1 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 2. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1748) sowie § 63 im Eingangssatz zuletzt durch Artikel 2 Nummer 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1958) geändert worden sind,

- auf Grund des § 6a Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 4 des Straßenverkehrsgesetzes, davon Absatz 2 Satz 1 und 2 zuletzt geändert durch Artikel 1 Nummer 7 Buchstabe b des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) [Einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze nach dessen Artikel 9 Absatz 2], in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821),

- auf Grund des § 5 Absatz 3, § 6 Absatz 3, § 31 Absatz 6, § 33a Absatz 5, § 34 Absatz 4 und § 34a Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 3 des Fahrlehrergesetzes vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1336), von denen § 5 Absatz 3, § 6 Absatz 3, § 31 Absatz 6 und § 33a Absatz 5 zuletzt durch Artikel 289 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) sowie § 34 Absatz 4 und § 34a Absatz 2 zuletzt durch Artikel 2 Nummer 8 Buchstabe d und Nummer 9 des Gesetzes vom ... [Einfügen: Datum der Ausfertigung und Fundstelle des Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze nach dessen Artikel 9 Absatz 2] (BGBl. I S. ...) geändert worden sind,
- auf Grund des § 3 Absatz 6 Nummer 2 Buchstabe a und § 23 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1a des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 22. Juni 1998 (BGBl. I S. 1485), von denen § 3 Absatz 6 und § 23 Absatz 3 Satz 1 zuletzt durch Artikel 295 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden sind,
- auf Grund des § 23 Absatz 2 des Fahrlehrergesetzes vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1336), der zuletzt durch Artikel 289 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407) geändert worden ist, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung

Artikel 1

Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung

In § 76 Nummer 16 Satz 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung vom 13. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1980), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 14 des Gesetzes vom 3. Mai 2013 (BGBl. I S. 1084) geändert worden ist, wird die Angabe "31. Dezember 2013" durch die Angabe "31. Dezember 2014" ersetzt.

Artikel 2

Weitere Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung

Die Fahrerlaubnis-Verordnung vom 13. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1980), die zuletzt durch Artikel 1 dieser Verordnung geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Abschnitt II wird wie folgt geändert:
 - aa) In der Angabe zu Unterabschnitt Nummer 7 wird das Wort "Punktsystem" durch das Wort "Fahreignungs-Bewertungssystem" ersetzt.
 - bb) Die Angabe zu § 40 wird wie folgt gefasst:

"§ 40 Bezeichnung und Bewertung nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem".
 - cc) Die Angabe zu § 41 wird wie folgt gefasst:

"§ 41 Maßnahmen der nach Landesrecht zuständigen Behörde".
 - dd) Die Angabe zu § 42 wird wie folgt gefasst:

"§ 42 Fahreignungsseminar".

- ee) Die Angabe zu § 43 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 43 Überwachung der Fahreignungsseminare nach § 42 und der Einweisungslehrgänge nach § 31a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Fahrlehrergesetzes".
- ff) Die Angabe zu § 45 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 45 (weggefallen)".
- b) Abschnitt III wird wie folgt geändert:
 - aa) In der Angabe zu Unterabschnitt 2 wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.
 - bb) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst:
 - "§ 59 Speicherung von Daten im Fahreignungsregister".
- c) Der Abschnitt "Anlagen zur Fahrerlaubnis-Verordnung" wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Angabe zur Anlage 13 wird wie folgt gefasst:
 - "Anlage 13 Bezeichnung und Bewertung der im Rahmen des Fahreignungs-Bewertungssystems zu berücksichtigenden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (zu § 40)".
 - bb) Folgende Angabe wird eingefügt:
 - "Anlage 16 Rahmenplan für die Durchführung der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars".
- 2. In § 11 Absatz 3 Satz 2 und Absatz 10 Satz 2 sowie Anlage 15 Nummer 1 Buchstabe g werden jeweils die Wörter "§ 4 Absatz 10 Satz 3" durch die Wörter "§ 4 Absatz 10 Satz 4" ersetzt.
- 3. In § 22 Absatz 2 Satz 2, § 25 Absatz 4 Satz 2, § 28 Absatz 4 Satz 3, § 29 Absatz 3 Satz 3, § 49 Absatz 1 Nummer 15, § 50 Satz 1 und Satz 2 Nummer 2 sowie in der Überschrift zu Abschnitt III Unterabschnitt 2 wird jeweils das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.
- 4. Die Überschrift von Abschnitt II Unterabschnitt 7 wird wie folgt gefasst:
 - "Fahreignungs-Bewertungssystem".

5. § 40 wird wie folgt gefasst:

"§ 40 Bezeichnung und Bewertung nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem

Dem Fahreignungs-Bewertungssystem sind die in Anlage 13 bezeichneten Zuwiderhandlungen mit der dort jeweils festgelegten Bewertung zu Grunde zu legen."

6. § 41 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort "Fahrerlaubnisbehörde" durch die Wörter "nach Landesrecht zuständigen Behörde" ersetzt.

b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

"(1) Die Ermahnung des Inhabers einer Fahrerlaubnis nach § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 des Straßenverkehrsgesetzes, seine Verwarnung nach § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 2 des Straßenverkehrsgesetzes und der jeweils gleichzeitige Hinweis auf die freiwillige Teilnahme an einem Fahreignungsseminar erfolgen schriftlich unter Angabe der begangenen Verkehrszuwiderhandlungen."

c) Die Absätze 2 und 3 werden aufgehoben.

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 2.

7. Die §§ 42 bis 44 werden wie folgt gefasst:

§ 42 Fahreignungsseminar

(1) Das Fahreignungsseminar besteht aus einer verkehrspädagogischen und aus einer verkehrspsychologischen Teilmaßnahme. Die Teilmaßnahmen sind durch gegenseitige Information der jeweiligen Seminarleiter aufeinander abzustimmen.

(2) Die verkehrspädagogische Teilmaßnahme zielt auf die Vermittlung von Kenntnissen zum Risikoverhalten, die Verbesserung der Gefahrenkognition, die Anregung zur Selbstreflexion und die Entwicklung von Verhaltensvarianten ab. Sie umfasst zwei Module zu je 90 Minuten entsprechend der Anlage 16. Neben den dort genannten Lehr- und Lernmethoden und Medien dürfen auch Methoden und Medien eingesetzt werden, die den gleichen Lernerfolg gewährleisten. Über die Geeignetheit der Methoden und Medien entscheidet die nach Landesrecht zuständige Behörde, die zur Bewertung ein unabhängiges

wissenschaftliches Gutachten einer für die Bewertung geeigneten Stelle einholen kann. Die verkehrspädagogische Teilmaßnahme kann als Einzelmaßnahme oder in Gruppen mit bis zu sechs Teilnehmern durchgeführt werden.

(3) Modul 1 der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme umfasst folgende Bausteine:

1. Einzelbaustein "Seminarüberblick",
2. teilnehmerbezogene Darstellung der individuellen Fahrerkarriere und Sicherheitsverantwortung,
3. teilnehmerbezogene Darstellung der individuellen Mobilitätsbedeutung,
4. Darstellung der individuellen Mobilitätsbedeutung als Hausaufgabe,
5. Einzelbaustein "Erläuterung des Fahreignungs-Bewertungssystems",
6. tatbezogene Bausteine zu Verkehrsregeln und Rechtsfolgen bei Zuwiderhandlungen mit folgenden Varianten:
 - a) Geschwindigkeit,
 - b) Abstand,
 - c) Vorfahrt und Abbiegen,
 - d) Überholen,
 - e) Ladung,
 - f) Telefonieren im Fahrzeug,
 - g) Alkohol und andere berauschende Mittel,
 - h) Straftaten,
7. Festigungsbaustein "Übung zur Klärung der individuellen Mobilitätssituation" und
8. Hausaufgabenbaustein "Übung zur Selbstbeobachtung".

(4) Modul 2 der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme umfasst folgende Bausteine:

1. Auswertung der Hausaufgaben,
2. tatbezogene Bausteine zu Risikoverhalten und Unfallfolgen und
3. Festigungsbaustein "individuelle Sicherheitsverantwortung".

(5) Die Auswahl der tatbezogenen Bausteine nach den Absätzen 3 und 4 wird vom Seminarleiter in Abhängigkeit von den in den individuellen Fahrerkarrieren dargestellten Verkehrszuwiderhandlungen vorgenommen. Modul 2 der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme darf frühestens nach Ablauf von einer Woche nach Abschluss des Moduls 1 begonnen werden.

(6) Die verkehrspsychologische Teilmaßnahme zielt darauf ab, dem Teilnehmer Zusammenhänge zwischen auslösenden und aufrechterhaltenden Bedingungen des regelwidrigen Verkehrsverhaltens aufzuzeigen. Sie soll beim Teilnehmer Reflexionsbereitschaft erzeugen und Veränderungsbereitschaft schaffen. Sie umfasst zwei Sitzungen zu je 75 Minuten und ist als Einzelmaßnahme durchzuführen.

(7) Sitzung 1 der verkehrspsychologischen Teilmaßnahme dient der Verhaltensanalyse, der Entwicklung eines funktionalen Bedingungsmodells und der Erarbeitung von Lösungsstrategien. Sie umfasst

1. die Erarbeitung der auslösenden und aufrechterhaltenden inneren und äußeren Bedingungen der Verkehrszuwiderhandlungen als Verhaltensanalyse,
2. die Erarbeitung der Funktionalität des Fehlverhaltens in Form einer Mittel-Zweck-Relation,
3. die Aktivierung persönlicher Stärken und Unterstützungsmöglichkeiten sowie Motivationsarbeit,
4. die Ausarbeitung schriftlicher Zielvereinbarungen, diese umfassen
 - a) die Spezifikation des Zielverhaltens in Form von Lösungsstrategien,
 - b) die Festlegung der Verstärker, Belohnungen und positiven Konsequenzen und
 - c) die Festlegung der zu erreichenden Schritteund
5. die Hausaufgaben "Selbstbeobachtung des Verhaltens in kritischen Situationen" und "Erprobung des neuen Zielverhaltens".

(8) Sitzung 2 der verkehrspsychologischen Teilmaßnahme dient der Festigung der Lösungsstrategien. Sie umfasst

1. die Besprechung der Erfahrungen aus der Selbstbeobachtung,
2. die Besprechung der Einhaltung der Zielvereinbarungen,
3. die Erarbeitung und Weiterentwicklung von Verhaltensstrategien und
4. die Aktivierung persönlicher Stärken und Unterstützungsmöglichkeiten sowie Motivationsarbeit.

(9) Mit Sitzung 2 der verkehrspsychologischen Teilmaßnahme darf frühestens nach Ablauf von drei Wochen nach Abschluss von Sitzung 1 begonnen werden.

§ 43 Überwachung der Fahreignungsseminare nach § 42 und der Einweisungslehrgänge nach § 31a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Fahrerlehrgesetzes

(1) Die nach Landesrecht zuständige Behörde hat die Durchführung der Fahreignungsseminare auf die Einhaltung von folgenden Kriterien zu prüfen:

1. das Vorliegen der Voraussetzungen für die Seminarerlaubnis
 - a) Verkehrspädagogik nach § 31a Absatz 2 des Fahrerlehrgesetzes oder
 - b) Verkehrspsychologie nach § 4a Absatz 4 des Straßenverkehrsgesetzes,
2. das Vorliegen des Nachweises der jährlichen Fortbildung nach § 4a Absatz 7 des Straßenverkehrsgesetzes oder § 33a Absatz 2 des Fahrerlehrgesetzes,
3. die räumliche und sachliche Ausstattung,
4. die Aufzeichnungen über die Seminarteilnehmer in Gestalt von Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift sowie deren Unterschriften auf der Teilnehmerliste je Modul oder Sitzung und
5. die anonymisierte Dokumentation der durchgeführten Seminare, die Folgendes umfasst:
 - a) für die verkehrspädagogische Teilmaßnahme
 - aa) das Datum, die Dauer und den Ort der durchgeführten Module,
 - bb) die Anzahl der Teilnehmer,
 - cc) die Kurzdarstellungen der Fahrerkarrieren,

- dd) die eingesetzten Bausteine und Medien,
- ee) die Hausaufgaben und
- ff) die Seminarverträge,
- b) für die verkehrspsychologische Teilmaßnahme
 - aa) das Datum, die Dauer und den Ort der durchgeführten Sitzungen,
 - bb) die auslösenden und aufrechterhaltenden Bedingungen der Verkehrszu widerhandlungen,
 - cc) die Funktionalität des Problemverhaltens,
 - dd) die erarbeiteten Lösungsstrategien,
 - ee) die persönlichen Stärken des Teilnehmers,
 - ff) die Zielvereinbarungen und
 - gg) den Seminarvertrag.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann die Einhaltung weiterer gesetzlicher Bestimmungen in die Überwachung einbeziehen.

(2) Die nach Landesrecht zuständige Behörde hat die Durchführung der Einweisungslehrgänge nach § 31a Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Fahrlehrergesetzes auf die Einhaltung von folgenden Kriterien zu prüfen:

1. das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung von Einweisungslehrgängen nach § 31b Absatz 1 des Fahrlehrergesetzes,
2. die Einhaltung des Ausbildungsprogramms nach § 31b Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 des Fahrlehrergesetzes,
3. die Dokumentation der durchgeführten Einweisungslehrgänge, die Folgendes umfasst:
 - a) die Vornamen und Familiennamen des Lehrgangleiters und der eingesetzten Lehrkräfte,
 - b) die Vornamen und Familiennamen und die Geburtsdaten der Teilnehmer,
 - c) die Kurzdarstellung des Verlaufs des Lehrgangs einschließlich der Inhalte und eingesetzten Methoden,

- d) das Datum, die Dauer und den Ort der durchgeführten Kurse und
- e) die Anwesenheit der Teilnehmer bei allen Kursen.

Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann die Einhaltung weiterer gesetzlicher Bestimmungen in die Überwachung einbeziehen.

§ 44 Teilnahmebescheinigung

(1) Nach Abschluss des Fahreignungsseminars ist vom Seminarleiter der abschließenden Teilmaßnahme eine Bescheinigung zur Vorlage bei der nach Landesrecht zuständigen Behörde auszustellen. Sie enthält

- 1. den Vornamen und Familiennamen, den Tag der Geburt und die Anschrift des Seminarteilnehmers,
- 2. die Bezeichnung der absolvierten Bausteine und
- 3. die Daten der durchgeführten Module und Sitzungen.

Die Bescheinigung ist von den Seminarleitern beider Teilmaßnahmen und vom Seminarteilnehmer unter Angabe des Ausstellungsdatums zu unterschreiben.

(2) Die Ausstellung einer Teilnahmebescheinigung ist vom Seminarleiter zu verweigern, wenn der Seminarteilnehmer

- 1. nicht an allen Sitzungen des Seminars teilgenommen hat,
- 2. eine offene Ablehnung gegenüber den Zielen der Maßnahme zeigt oder
- 3. den Lehrstoff und Lernstoff nicht aktiv mitgestaltet.'

8. § 45 wird aufgehoben.

9. § 48a Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 Nummer 3 werden die Wörter "drei Punkten" durch die Wörter "einem Punkt" ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

10. In § 57 wird die Nummer 25 wie folgt gefasst:

"25. der Tag und die Art von Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem, die Teilnahme an einem Fahreignungsseminar und der Tag der Beendigung des Fahreignungsseminars sowie der Tag der Ausstellung der Teilnahmebescheinigung,".

11. § 59 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

"§ 59 Speicherung von Daten im Fahreignungsregister".

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil und in Nummer 8 wird jeweils das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

bb) In Nummer 5 werden die Wörter "Nummer 4, 5, 6, 8 und 10" durch die Wörter "Nummer 4, 5, 6 und 8" ersetzt.

cc) Nummer 7 wird wie folgt gefasst:

"7. die vorgeschriebene Einstufung als

a) Straftat mit Entziehung der Fahrerlaubnis oder mit isolierter Sperre mit drei Punkten,

b) Straftat ohne Entziehung der Fahrerlaubnis und ohne isolierte Sperre oder als besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeit mit zwei Punkten oder

c) verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeit mit einem Punkt

und die entsprechende Kennziffer,".

dd) Nummer 12 wird wie folgt gefasst:

"12. bei der Teilnahme an einem Fahreignungsseminar, einem Aufbauseminar, einem besonderen Aufbauseminar oder einer verkehrspsychologischen Beratung die rechtliche Grundlage, der Tag der Beendigung des Seminars, der Tag der Ausstellung der Teilnahmebescheinigung und der Tag, an dem die Bescheinigung der zuständigen Behörde vorgelegt wurde,".

ee) Nummer 13 wird wie folgt gefasst:

"13. der Punktabzug auf Grund der freiwilligen Teilnahme an einem Fahreignungsseminar,"

ff) In Nummer 14 werden die Wörter "§ 2a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 und § 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Straßenverkehrsgesetzes" durch die Wörter "§ 2a Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 und § 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 und 2 des Straßenverkehrsgesetzes" ersetzt.

12. § 60 wird wie folgt geändert:

a) In den Absätzen 1, 2 Satz 2, Absatz 3 Satz 1 und Absatz 6 werden jeweils die Wörter "§ 28 Absatz 3 Nummer 1 bis 10" durch die Wörter "§ 28 Absatz 3 Nummer 1 bis 9" ersetzt.

b) In Absatz 4 werden die Wörter "§ 28 Absatz 3 Nummer 2, 3 (1. Alternative) und 4 bis 9 des Straßenverkehrsgesetzes" durch die Wörter "§ 28 Absatz 3 Nummer 1, sofern die Entziehung der Fahrerlaubnis, eine isolierte Sperre oder ein Fahrverbot angeordnet wurde, Nummer 2, 3 Buchstabe a Doppelbuchstabe aa, Buchstabe b und Nummer 4 bis 9 des Straßenverkehrsgesetzes" ersetzt.

c) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

"(5) Für luftverkehrsrechtliche Maßnahmen nach § 30 Absatz 4 des Straßenverkehrsgesetzes, schiffsverkehrsrechtliche Maßnahmen nach § 30 Absatz 4a des Straßenverkehrsgesetzes und eisenbahnverkehrsrechtliche Maßnahmen nach § 30 Absatz 4b des Straßenverkehrsgesetzes werden die auf Grund des § 28 Absatz 3 Nummer 1 bis 9 des Straßenverkehrsgesetzes nach § 59 Absatz 1 dieser Verordnung gespeicherten Daten übermittelt."

13. § 61 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 3 Buchstabe f wird wie folgt gefasst:

"f) die vorgeschriebene Einstufung als besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeit mit zwei Punkten oder als verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeit mit einem Punkt und die entsprechende Kennziffer,".

bb) Nummer 4 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe h wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt.

bbb) Folgende Wörter werden angefügt:

"jeweils mit den Angaben über die Geschäftsnummer oder das Aktenzeichen, die mitteilende Stelle und den Tag der Mitteilung, die Rechtsgrundlagen sowie den Angaben über die Fahrerlaubnis nach § 59 Absatz 1 Nummer 8 und darüber hinaus bei Buchstaben a bis g die entscheidende Stelle, den Tag der Entscheidung sowie den Grund der Maßnahme oder bei Buchstabe h den Tag des Zugangs des Verzichts bei der zuständigen Behörde,".

cc) Folgende Nummern 5 und 6 werden angefügt:

"5. die Eintragungen nach § 28 Absatz 3 Nummer 1 und 2 des Straßenverkehrsgesetzes über Entscheidungen der Strafgerichte mit den Angaben über

a) die entscheidende Stelle, den Tag des ersten Urteils oder bei Strafbefehlen den Tag der Unterzeichnung durch den Richter, die Geschäftsnummer oder das Aktenzeichen, die mitteilende Stelle und den Tag der Mitteilung, den Tag der Rechtskraft,

b) Ort, Tag und Zeit der Tat, die Angaben, ob die Tat im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall steht, die Art der Verkehrsteilnahme sowie die Fahrzeugart,

c) die rechtliche Bezeichnung der Tat unter Angabe der angewendeten Vorschriften, die Haupt- und Nebenstrafe, die nach § 59 des Strafgesetzbuches vorbehaltene Strafe, das Absehen von Strafe, die Maßregeln der Besserung und Sicherung, die Erziehungsmaßregeln, die Zuchtmittel und die Jugendstrafe, die Geldstrafe, die rechtskräftige oder vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis und den Tag des Ablaufs der Sperrfrist, die Anordnung einer Fahrerlaubnissperre und den Tag des Ablaufs der Sperrfrist, das Bestehen eines rechtskräftigen Fahrverbots unter Angabe des Ablaufs des Verbots sowie die vorgeschriebene Einstufung als Straftat mit Entziehung der Fahr-

erlaubnis oder mit isolierter Sperre mit drei Punkten oder als Straftat ohne Entziehung der Fahrerlaubnis und ohne isolierte Sperre mit zwei Punkten und die entsprechende Kennziffer,

- d) bei einem Fahrverbot den Hinweis auf § 25 Absatz 2a Satz 1 des Straßenverkehrsgesetzes oder § 44 Absatz 3 Satz 1 des Strafgesetzbuches und den Tag des Fristablaufs,
- e) die Angaben über die Fahrerlaubnis nach § 59 Absatz 1 Nummer 8,

6. die Eintragungen nach § 28 Absatz 3 Nummer 9 des Straßenverkehrsgesetzes über Entscheidungen der Justizbehörden bei Beschlagnahme, Sicherstellung oder Verwahrung des Führerscheins oder über die vorläufige Entziehung des Führerscheins nach § 94 oder § 111a der Strafprozessordnung mit den Angaben über die entscheidende Stelle, den Tag der Maßnahme und die Geschäftsnummer oder das Aktenzeichen, die mitteilende Stelle und den Tag der Mitteilung und Angaben über die Fahrerlaubnis nach § 59 Absatz 1 Nummer 8."

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) § 60 Absatz 1 bis 5 findet entsprechende Anwendung."

c) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.

d) In Absatz 7 wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahrerlaubnisregister" ersetzt.

14. In § 62 Absatz 1 werden nach der Angabe "§ 60" die Wörter "Absatz 1, 2, 5 und 6" gestrichen.

15. § 64 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 werden die Wörter "Passes oder" durch die Angabe "Passes," ersetzt.

b) In Nummer 3 wird der Schlusspunkt durch das Wort "oder" ersetzt.

c) Folgende Nummer 4 wird angefügt:

"4. bei elektronischer Antragstellung der elektronische Identitätsnachweis nach § 18 des Personalausweisgesetzes oder nach § 78 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes."

16. § 71 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird die Angabe "§ 4 Absatz 9" durch die Angabe "§ 2a Absatz 7" ersetzt.
- b) Absatz 4a wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter "§ 4 Absatz 9 Satz 6 Nummer 1" werden jeweils durch die Wörter "§ 2a Absatz 7 Satz 8 Nummer 1" ersetzt.
 - bb) Die Wörter ", auch in Verbindung mit § 2a Absatz 2 Satz 3 des Straßenverkehrsgesetzes" werden jeweils gestrichen.

17. In Anlage 12 Buchstabe A wird die Nummer 1.3 aufgehoben.

18. Anlage 13 wird wie folgt gefasst:

"Anlage 13 (zu § 40 FeV)

Bezeichnung und Bewertung der im Rahmen des Fahreignungs- Bewertungssystems zu berücksichtigenden Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Im Fahreignungsregister sind nachfolgende Entscheidungen zu speichern und im Fahreignungs-Bewertungssystem wie folgt zu bewerten:

- 1. mit drei Punkten folgende Straftaten, soweit die Entziehung der Fahrerlaubnis oder eine isolierte Sperre angeordnet worden ist**

laufende Nummer	Straftat	Vorschriften
1.1	Fahrlässige Tötung	§ 222 StGB
1.2	Fahrlässige Körperverletzung	§ 229 StGB
1.3	Nötigung	§ 240 StGB
1.4	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	§ 315b StGB
1.5	Gefährdung des Straßenverkehrs	§ 315c StGB

1.6	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	§ 142 StGB
1.7	Trunkenheit im Verkehr	§ 316 StGB
1.8	Vollrausch	§ 323a StGB
1.9	Unterlassene Hilfeleistung	§ 323c StGB
1.10	Führen oder Anordnen oder Zulassen des Führens eines Kraftfahrzeugs ohne Fahrerlaubnis, trotz Fahrverbots oder trotz Verwahrung, Sicherstellung oder Beschlagnahme des Führerscheins	§ 21 StVG
1.11	Kennzeichenmissbrauch	§ 22 StVG

2. mit zwei Punkten

2.1 folgende Straftaten, soweit sie nicht von Nummer 1 erfasst sind

laufende Nummer	Straftat	Vorschriften
2.1.1	Fahrlässige Tötung, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 222 StGB
2.1.2	Fahrlässige Körperverletzung, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 229 StGB
2.1.3	Nötigung, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 240 StGB
2.1.4	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	§ 315b StGB
2.1.5	Gefährdung des Straßenverkehrs	§ 315c StGB
2.1.6	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort	§ 142 StGB
2.1.7	Trunkenheit im Verkehr	§ 316 StGB
2.1.8	Vollrausch, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 323a StGB

2.1.9	Unterlassene Hilfeleistung, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 323c StGB
2.1.10	Führen oder Anordnen oder Zulassen des Führens eines Kraftfahrzeugs ohne Fahrerlaubnis, trotz Fahrverbots oder trotz Verwahrung, Sicherstellung oder Beschlagnahme des Führerscheins	§ 21 StVG
2.1.11	Kennzeichenmissbrauch, soweit ein Fahrverbot angeordnet worden ist	§ 22 StVG

2.2 folgende besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten

laufende Nummer	Ordnungswidrigkeit	laufende Nummer der Anlage zur Bußgeldkatalog-Verordnung (BKat)*
2.2.1	Kraftfahrzeug geführt mit einer Atemalkoholkonzentration von 0,25 mg/l oder mehr oder mit einer Blutalkoholkonzentration von 0,5 Promille oder mehr oder mit einer Alkoholmenge im Körper, die zu einer solchen Atem- oder Blutalkoholkonzentration führt	241, 241.1, 241.2
2.2.2	Kraftfahrzeug unter der Wirkung eines in der Anlage zu § 24a Absatz 2 des Straßenverkehrsgesetzes genannten berauschenden Mittels geführt	242, 242.1, 242.2

* Bußgeldkatalog

2.2.3	Zulässige Höchstgeschwindigkeit überschritten	9.1 bis 9.3, 11.1 bis 11.3 jeweils in Verbindung mit 11.1.6 bis 11.1.10 der Tabelle 1 des Anhangs (11.1.6 nur innerhalb geschlossener Ortschaften), 11.2.5 bis 11.2.10 der Tabelle 1 des Anhangs (11.2.5 nur innerhalb geschlossener Ortschaften) oder 11.3.6 bis 11.3.10 der Tabelle 1 des Anhangs (11.3.6 nur innerhalb geschlossener Ortschaften)
2.2.4	Erforderlichen Abstand von einem vorausfahrenden Fahrzeug nicht eingehalten	12.6 in Verbindung mit 12.6.3, 12.6.4 oder 12.6.5 der Tabelle 2 des Anhangs sowie 12.7 in Verbindung mit 12.7.3, 12.7.4 oder 12.7.5 der Tabelle 2 des Anhangs
2.2.5	Überholvorschriften nicht eingehalten	19.1.1, 19.1.2, 21.1, 21.2

2.2.6	Auf der durchgehenden Fahrbahn von Autobahnen oder Kraftfahrstraßen gewendet, rückwärts oder entgegen der Fahrtrichtung gefahren	83.3
2.2.7	Als Fahrzeugführer Bahnübergang unter Verstoß gegen die Wartepflicht oder trotz geschlossener Schranke oder Halbschranke überquert	89b.2, 244
2.2.8	Als Fahrzeugführer rotes Wechsellichtzeichen oder rotes Dauerlichtzeichen nicht befolgt bei Gefährdung, mit Sachbeschädigung oder bei schon länger als einer Sekunde andauernder Rotphase eines Wechsellichtzeichens	132.1, 132.2, 132.3, 132.3.1, 132.3.2
2.2.9	Als Kraftfahrzeugführer an einem Kraftfahrzeugrennen teilgenommen	248

3. mit einem Punkt folgende verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Ordnungswidrigkeiten

3.1 folgende Verstöße gegen die Vorschriften des Straßenverkehrsgesetzes

laufende Nummer	Verstöße gegen die Vorschriften	laufende Nummer des BKat *
3.1.1	des § 24c des Straßenverkehrsgesetzes	243

* Bußgeldkatalog

**3.2 folgende Verstöße gegen die Vorschriften der Straßenverkehrs-
Ordnung**

laufende Nummer	Verstöße gegen die Vorschriften über	laufende Nummer des BKat*
3.2.1	die Straßenbenutzung durch Fahrzeuge	4.1, 4.2, 5a, 5a.1, 6
3.2.2	die Geschwindigkeit	8.1, 9, 10, 11 in Verbindung mit 11.1.3, 11.1.4, 11.1.5, 11.1.6 der Tabelle 1 des Anhangs (11.1.6 nur außerhalb geschlossener Ortschaften), 11.2.2, 11.2.3, 11.2.4, 11.2.5 der Tabelle 1 des Anhangs (11.2.5 nur außerhalb geschlossener Ortschaften), 11.3.4, 11.3.5, 11.3.6 der Tabelle 1 des Anhangs (11.3.6 nur außerhalb geschlossener Ortschaften)

* Bußgeldkatalog

3.2.3	den Abstand	12.5 in Verbindung mit 12.5.1, 12.5.2, 12.5.3, 12.5.4 oder 12.5.5 der Tabelle 2 des Anhangs, 12.6 in Verbindung mit 12.6.1 oder 12.6.2 der Tabelle 2 des Anhangs, 12.7 in Verbindung mit 12.7.1 oder 12.7.2 der Tabelle 2 des Anhangs, 15
3.2.4	das Überholen	17, 18, 19, 19.1, 153a, 21, 22
3.2.5	die Vorfahrt	34
3.2.6	das Abbiegen, Wenden und Rückwärtsfahren	39.1, 41, 42.1, 44
3.2.7	Park- oder Halteverbote mit Behinderung von Rettungsfahrzeugen	51b.3, 53.1
3.2.8	das Liegenbleiben von Fahrzeugen	66
3.2.9	die Beleuchtung	76
3.2.10	die Benutzung von Autobahnen und Kraftfahrstraßen	79, 80.1, 82, 83.1, 83.2, 85, 87a, 88
3.2.11	das Verhalten an Bahnübergängen	89, 89b.1
3.2.12	das Verhalten an öffentlichen Verkehrsmitteln und Schulbussen	92.1, 92.2, 93, 95.1, 95.2
3.2.13	die Personenbeförderung, die Sicherungspflichten	99.1, 99.2

3.2.14	die Ladung	102.1, 102.1.1, 102.2.1, 104
3.2.15	die sonstigen Pflichten des Fahrzeugführers	108, 246.1, 247
3.2.16	das Verhalten am Fußgängerüberweg	113
3.2.17	die übermäßige Straßenbenutzung	116
3.2.18	Verkehrshindernisse	123
3.2.19	das Verhalten gegenüber Zeichen oder Haltgebot eines Polizeibeamten sowie an Wechsellichtzeichen, Dauerlichtzeichen und Grünpeil	129, 132, 133.1, 133.2, 133.3.1, 133.3.2,
3.2.20	Vorschriftzeichen	150, 151.1, 151.2, 152, 152.1
3.2.21	Richtzeichen	157.3, 159b
3.2.22	andere verkehrsrechtliche Anordnungen	164
3.2.23	Auflagen	166, 233

3.3. folgende Verstöße gegen die Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung

laufende Nummer	Verstöße gegen die Vorschriften über	laufende Nummer des BKat*
3.3.1	die Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	171, 172
3.3.2	das Führen von Kraftfahrzeugen ohne Begleitung	251a

* Bußgeldkatalog

3.4. folgende Verstöße gegen die Vorschriften der Fahrzeug-Zulassungsverordnung

laufende Nummer	Verstöße gegen die Vorschriften über	laufende Nummer des BKat*
3.4.1	die Zulassung	175
3.4.2	ein Betriebsverbot und Beschränkungen	253

3.5. folgende Verstöße gegen die Vorschriften der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

laufende Nummer	Verstöße gegen die Vorschriften über	laufende Nummer des BKat*
3.5.1	die Untersuchung der Kraftfahrzeuge und Anhänger	186.1.3, 186.1.4, 186.2.3, 187a
3.5.2	die Verantwortung für den Betrieb der Fahrzeuge	189.1.1, 189.1.2, 189.2.1, 189.2.2, 189.3.1, 189.3.2, 189a.1, 189a.2
3.5.3	die Abmessungen von Fahrzeugen und Fahrzeugkombinationen	192, 193
3.5.4	die Kurvenlaufeigenschaften von Fahrzeugen	195, 196

* Bußgeldkatalog

3.5.5	die Achslast, das Gesamtgewicht, die Anhängelast hinter Kraftfahrzeugen	198 und 199 jeweils in Verbindung mit 198.1.2 bis 198.1.7, 199.1.2 bis 199.1.6, 198.2.4 oder 199.2.4, 198.2.5 oder 199.2.5, 198.2.6 oder 199.2.6 der Tabelle 3 des Anhangs
3.5.6	die Besetzung von Kraftomnibussen	201, 202
3.5.7	Bereifung und Laufflächen	212, 213
3.5.8	die sonstigen Pflichten für den verkehrssicheren Zustand des Fahrzeugs	214.1, 214.2, 214a.1, 214a.2
3.5.9	die Stützlast	217
3.5.10	den Geschwindigkeitsbegrenzer	223, 224

3.6. folgende Verstöße gegen die Vorschriften der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB)

laufende Nummer	Beschreibung der Zuwiderhandlung	gesetzliche Grundlage
3.6.1	Als tatsächlicher Verlader Versandstücke, die gefährliche Güter enthalten, und unverpackte gefährliche Gegenstände nicht durch geeignete Mittel gesichert, die in der Lage sind, die Güter im Fahrzeug oder Container zurückzuhalten, sowie, wenn gefährliche Güter zusammen mit anderen Gütern befördert werden, nicht alle Güter in den Fahrzeugen oder Containern so gesichert oder verpackt, dass das Austreten gefährlicher Güter verhindert wird.	Unterabschnitt 7.5.7.1 ADR i. V. m. § 37 Absatz 1 Nummer 21 Buchstabe a GGVSEB
3.6.2	Als Fahrzeugführer Versandstücke, die gefährliche Güter enthalten, und unverpackte gefährliche Gegenstände nicht durch geeignete Mittel gesichert, die in der Lage sind, die Güter im Fahrzeug oder Container zurückzuhalten, sowie, wenn gefährliche Güter zusammen mit anderen Gütern befördert werden, nicht alle Güter in den Fahrzeugen oder Containern so gesichert oder verpackt, dass das Austreten gefährlicher Güter verhindert wird.	Unterabschnitt 7.5.7.1 ADR i. V. m. § 37 Absatz 1 Nummer 21 Buchstabe a GGVSEB

3.6.3	Als Beförderer und in der Funktion als Halter des Fahrzeuges entgegen § 19 Absatz 2 Nummer 15 GGVSEB dem Fahrzeugführer die erforderliche Ausrüstung zur Durchführung der Ladungssicherung nicht übergeben	Unterabschnitt 7.5.7.1 ADR i. V. m § 37 Absatz 1 Nummer 6 Buchstabe o GGVSEB".
-------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------

19. Folgende Anlage 16 wird angefügt:

"Anlage 16
(zu § 42 Absatz 2)

Rahmenlehrplan für die Durchführung der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars

Modul 1

1. Baustein "Seminarüberblick"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
1.1	... den organisatorischen Ablauf des Fahreignungsseminars beschreiben.	<ul style="list-style-type: none"> - Anzahl der Teilmaßnahmen und Module - Zeitliche Vorgaben zu den Teilmaßnahmen, zu den Modulen und zur Gesamtmaßnahme 		Folien-Präsentation / Film
1.2	... die wichtigsten Lehr-Lerninhalte und Lehr-Lernmethoden der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme wiedergeben.	<ul style="list-style-type: none"> - Bausteinstruktur und -inhalte - Lehr-Lernmethoden 	Lehrvortrag	Merkblatt "Seminarüberblick"
1.3	... den Inhalt der Vertraulichkeitsversicherung darlegen.	<ul style="list-style-type: none"> - Vertraulichkeitsversicherung 		

1.4	... die Voraussetzungen der Seminaranerkennung und die möglichen Konsequenzen einer Nichterfüllung benennen.	<ul style="list-style-type: none"> - Anwesenheit - Aktive Mitarbeit - Hausaufgabenbearbeitung - Keine offene Ablehnung - Konsequenzen der Nichterfüllung der Voraussetzungen 	
1.5	... die wesentlichen Inhalte der verkehrs-psychologischen Teilmaßnahme skizzieren.	<ul style="list-style-type: none"> - Überblick über die Inhalte der verkehrspsychologischen Teilmaßnahme 	

2. Baustein "Individuelle Fahrkarriere und Sicherheitsverantwortung"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr-Lernmethoden	Medien/Materialien
2.1	... das Gefahrenpotenzial beschreiben, welches sein bisheriges Tatverhalten birgt.	<ul style="list-style-type: none"> - Bedeutsame kritische Fahrsituationen seit dem Fahrerlaubniswerb - Unfallrisiken und Verantwortung im Zusammenhang mit den berichteten Fahrsituationen 	Erfahrungsberichte / Diskussion / kooperatives Lernen	Arbeitsblatt "Meine Fahrkarriere" Folien-Präsentation / Film / Fotos / Zeitungsartikel

3. Baustein "Individuelle Mobilitätsbedeutung"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
3.1	... erläutern, warum das Kraftfahrzeug ein für ihn bedeutsames Fortbewegungs- und Transportmittel darstellt.	- Individuell bedeutsame Nutzungsmöglichkeiten des Kraftfahrzeugs	Kooperatives Lernen / Einzelarbeit / Diskussion	Arbeitsblatt "Wann brauche ich ein Kraftfahrzeug?"
3.2	... Folgen eines Mobilitätsverlusts benennen.	- Folgen eines Mobilitätsverlusts		

4. Baustein Hausaufgabe "Darstellung der individuellen Mobilitätsbedeutung"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
4.1	... begründen, inwiefern ein Mobilitätsverlust zu einer Abnahme seiner Lebensqualität führt.	- Individuelle Bedeutung des Mobilseins - Individuelle Konsequenzen eines Mobilitätsverlusts	Hausaufgabe	Arbeitsblatt "Meine individuelle Mobilitätsbedeutung"

5. Baustein "Erläuterung des Fahreignungs-Bewertungssystems"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
5.1	... die Regelungen des Fahreignungs-Bewertungssystems wiedergeben.	<ul style="list-style-type: none"> - Punkte und Sanktionen bei Regelverstößen - Stufen des Punktsystems - Fristen zur Punktetilgung 	Lehrvortrag	Folien-Präsentation / Film

6. Baustein "Verkehrsregeln und Rechtsfolgen bei Regelverstößen"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
6.1	... die Auswahl der tatbezogenen Bausteine begründen.	<ul style="list-style-type: none"> - Zuwiderhandlungen und daraus resultierende Bausteinauswahl 	Lehrvortrag	-
6.2	... die tatbezogenen Verkehrsregeln anwenden und begründen.	<ul style="list-style-type: none"> - Tatbezogene Verkehrsregeln 	Computergestütztes kooperatives Lernen	Aufgaben "Verkehrsregeln"

6.3	... die resultierenden Rechtsfolgen tatbezogener Regelverstöße benennen.	- Rechtsfolgen tatbezogener Regelverstöße	<pre> graph TD A[Übung/Lernstandkontrolle] --> B{100% korrekt} B -- ja --> C[Erläuterung] B -- nein --> A </pre>	Filme/Simulationen/ animierte Grafiken/Fotos/Grafiken
-----	--------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------

7. Baustein "Übung zur Klärung der individuellen Mobilitätssituation"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
7.1	... bestimmte tatbezogene Regelverstöße den entsprechenden Punktekategorien zuordnen und für jeden Verstoß ableiten, ob dieser zum Entzug der Fahrerlaubnis führen würde.	<ul style="list-style-type: none"> - Tatbezogene Regelverstöße - Punktekategorien des Fahreignungs-Bewertungssystems - Fahrerlaubnisentzug als Folge tatbezogener Regelverstöße 	Kooperatives Lernen / Diskussion	-

8. Baustein Hausaufgabe "Übung zur Selbstbeobachtung"

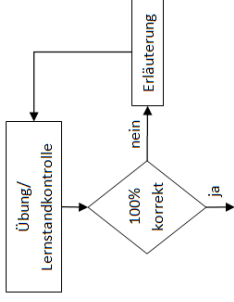
	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
8.1	... auslösende und aufrecht- erhaltende Bedingungen seines Tatverhaltens schildern.	- Individuelle Gelegenheits- strukturen, die das Begehen von Regelverstößen fördern	Hausaufgabe	Arbeitsblatt "Selbstbeobachtung"

Modul 2

9. Baustein "Auswertung der Hausaufgaben"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
9.1	... begründen, inwiefern ein Mobilitätsverlust zu einer Abnahme seiner Lebensqualität führt.	- Individuelle Bedeutung des Mobilseins - Individuelle Konsequenzen eines Mobilitätsverlusts	Diskussion/ Erfahrungsberichte/ Lernstandkontrolle	Arbeitsblatt "Meine individuelle Mobilitätsbedeutung"
9.2	... auslösende und aufrechterhaltende Bedingungen seines Tatverhaltens schildern.	- Individuelle Gelegenheits- strukturen, die das Begehen von Regelverstößen fördern		Arbeitsblatt "Selbstbeobachtung"

10. Baustein "Risikoverhalten und Unfallfolgen"

	Lehr-Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lehr-Lerninhalte	Lehr-Lernmethoden	Medien/Materialien
10.1	... darüber berichten, dass bestimmte (Gefahren-) Situationen verzerrt wahrgenommen und falsch beurteilt werden.	- Wahrnehmungs- und Beurteilungsfehler	Computergestütztes kooperatives Lernen 	Aufgaben "Fehleinschätzungen"
10.2	... Konsequenzen des aus Fehleinschätzungen resultierenden Fahrverhaltens benennen.	- Konsequenzen des aus Fehleinschätzungen resultierenden Fahrverhaltens		Filme / animierte Grafiken / Fotos / Grafiken
10.3	... risikominimierende Fahrverhaltensweisen darstellen.	- Risikominimierende Fahrverhaltensstrategien		
10.4	... die Sinnhaftigkeit von Verkehrsregeln begründen.	- Sinnhaftigkeit von Verkehrsregeln		
10.5	... tatbezogene Auslöser nennen, die einen Unfall verursachen können.	- Tatbezogene Auslöser von Unfällen		
10.6	... das tatbezogene Unfallrisiko einschätzen.	- Tatbezogenes Unfallrisiko	Diskussion / Lehrvortrag	Folien-Präsentation / Filme

10.7	... mögliche Unfallfolgen für Unfallbeteiligte und deren Angehörige benennen.	- Mögliche Unfallfolgen für Unfallbeteiligte und deren Angehörige	
------	-------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------	--

11. Baustein "Individuelle Sicherheitsverantwortung"

	Lernziele Der Seminarteilnehmer kann...	Lerninhalte	Lehr- Lernmethoden	Medien/Materialien
11.1	... anhand realer Unfälle über mögliche Unfallfolgen seines Tatverhaltens berichten.	- Mögliche Unfallfolgen für Unfallbeteiligte und deren Angehörige (Einzelschicksale)	Diskussion / Lehrvortrag	Folien-Präsentation / Film
11.2	... die in der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme vermittelten Kenntnisse wiedergeben.	- Zusammenfassung der in der verkehrspädagogischen Maßnahme vermittelten Kenntnisse		
11.3	... seine Einstellungen zum eigenen Fahrverhalten und zur persönlichen Sicherheitsverantwortung beschreiben.	- Meinungen und Positionen der Teilnehmer zur Gefährlichkeit ihres bisherigen Fahrverhaltens und zu ihrer individuellen Sicherheitsverantwortung	Diskussion / Lernstandkontrolle	- "

Artikel 3

Änderung der Zweiten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung

In Nummer 1 Satz 2 und 3 der Anlage der Zweiten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung vom 16. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3113) wird jeweils das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

Artikel 4

Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung

Die Bußgeldkatalog-Verordnung vom 14. März 2013 (BGBl. I S. 498) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe "35" durch die Angabe "55" ersetzt.
2. § 2 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) Das Verwarnungsgeld wird in Höhe von 5, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 Euro erhoben."
3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.
 - b) In den Absätzen 2, 3, 4, 4a und 5 wird jeweils die Angabe "35 Euro" durch die Angabe "55 Euro" ersetzt.
 - c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe "35 Euro" durch die Angabe "55 Euro" ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe "40 Euro" durch die Angabe "60 Euro" ersetzt.

4. Die Anlage wird wie folgt geändert:

- a) In den Nummern 5a, 51b.3, 66, 76, 92.1, 93, 95.1, 99.1, 104, 116, 123, 151.1, 157.3, 159b, 164, 166, 179a, 186.1.3, 186.2.3, 187a, 217, 239 und 246.1 wird jeweils in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "40 €" durch die Angabe "60 €" ersetzt.
- b) Die Nummer 12.6 wird durch folgende Nummern 12.6 und 12.7 ersetzt:

Lfd. Nr.	Tatbestand	Straßenverkehrs- Ordnung (StVO)	Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten
"12.6	bei einer Geschwindigkeit von mehr als 100 km/h, sofern der Abstand in Metern weniger als ein Viertel des Tachowertes betrug		Tabelle 2 Buchstabe b
12.7	bei einer Geschwindigkeit von mehr als 130 km/h, sofern der Abstand in Metern weniger als ein Viertel des Tachowertes betrug		Tabelle 2 Buchstabe c".

- c) In den Nummern 53.1 und 179b wird jeweils in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "50 €" durch die Angabe "65 €" ersetzt.
- d) In den Nummern 92.2, 95.2, 99.2, 129, 150, 151.2, 233, 251a und 253 wird jeweils in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "50 €" durch die Angabe "70 €" ersetzt.
- e) In den Nummern 102.1, 102.2.1, 192, 195, 201 und 212 wird jeweils in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "50 €" durch die Angabe "60 €" ersetzt.
- f) In Nummer 119 wird in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "75 €" durch die Angabe "120 €" ersetzt.

- g) In Nummer 120 wird in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "380 €" durch die Angabe "570 €" ersetzt.
- h) In den Nummern 152.1, 241.1, 241.2, 242.1 und 242.2 wird jeweils in der Spalte "Tatbestand" das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.
- i) In Nummer 153 wird in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "40 €" durch die Angabe "80 €" ersetzt.
- j) Die Nummer 175 wird durch folgende Nummern 175 und 175a ersetzt:

Lfd. Nr.	Tatbestand	Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)	Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten
"175	Kraftfahrzeug oder Kraftfahrzeuganhänger ohne die erforderliche EG-Typgenehmigung, Einzelgenehmigung oder Zulassung auf einer öffentlichen Straße in Betrieb gesetzt	§ 3 Absatz 1 Satz 1 § 4 Absatz 1 § 48 Nummer 1	70 €
175a	Kraftfahrzeug oder Kraftfahrzeuganhänger außerhalb des auf dem Saisonkennzeichen angegebenen Betriebszeitraums oder nach dem auf dem Kurzzeitkennzeichen oder nach dem auf dem Ausfuhrkennzeichen angegebenen Ablaufdatum oder Fahrzeug mit Wechselkennzeichen ohne oder mit unvollständigem Wechsel-	§ 8 Absatz 1a Satz 6 § 9 Absatz 3 Satz 6 § 16 Absatz 2 Satz 8 § 19 Absatz 1 Nummer 4 Satz 3 § 48 Nummer 1	50 €".

	kennzeichnen auf einer öffentlichen Straße in Betrieb gesetzt		
--	---------------------------------------------------------------	--	--

k) Die Nummern 189a bis 189a.2 werden durch folgende Nummern 189a bis 189b.2 ersetzt:

Lfd. Nr.	Tatbestand	Straßenverkehrs-Zulassung-Ordnung (StVZO)	Regelsatz in Euro (€) Fahrverbot in Monaten
"189a	Als Halter die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs angeordnet oder zugelassen, obwohl die Betriebserlaubnis erloschen war, und dadurch die Verkehrssicherheit wesentlich beeinträchtigt	§ 19 Absatz 5 Satz 1 § 69a Absatz 2 Nummer 1a	
189a.1	bei Lastkraftwagen oder Kraftomnibussen		270 €
189a.2	bei anderen als in Nummer 189a.1 genannten Fahrzeugen		135 €
189b	Als Halter die Inbetriebnahme eines Fahrzeugs angeordnet oder zugelassen, obwohl die Betriebserlaubnis erloschen war, und dadurch die Umwelt wesentlich beeinträchtigt	§ 19 Absatz 5 Satz 1 § 69a Absatz 2 Nummer 1a	

189b.1	bei Lastkraftwagen oder Kraftomnibussen		270 €
189b.2	bei anderen als in Nummer 189b.1 genannten Fahrzeugen		135 €".

- l) In Nummer 190 wird in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "50 €" durch die Angabe "100 €" ersetzt.
- m) Die Nummern 214a bis 214a.2 werden durch folgende Nummern 214a bis 214b.2 ersetzt:

Lfd. Nr.	Tatbestand	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)	Regelsatz in Euro (€) Fahrverbot in Monaten
"214a	Erlöschen der Betriebserlaubnis Fahrzeug trotz erloschener Betriebserlaubnis in Betrieb genommen und dadurch die Verkehrssicherheit wesentlich beeinträchtigt	§ 19 Absatz 5 Satz 1 § 69a Absatz 2 Nummer 1a	180 €
214a.1	bei Lastkraftwagen oder Kraftomnibussen		
214a.2	bei anderen als in Nummer 214a.1 genannten Fahrzeugen		
214b	Fahrzeug trotz erloschener Betriebserlaubnis in Betrieb genommen und dadurch die Umwelt wesentlich beeinträchtigt	§ 19 Absatz 5 Satz 1 § 69a Absatz 2 Nummer 1a	90 €

214b.1	bei Lastkraftwagen oder Kraftomnibussen		180 €
214b.2	bei anderen als in Nummer 214b.1 genannten Fahrzeugen		90 €".

- n) In Nummer 240 wird in der Spalte "Regelsatz in Euro (€), Fahrverbot in Monaten" die Angabe "100 €" durch die Angabe "150 €" ersetzt.
- o) Im Anhang (zu Nummer 11 der Anlage) "Tabelle 1 Geschwindigkeitsüberschreitungen" unter der Überschrift "b) kennzeichnungspflichtige Kraftfahrzeuge der in Buchstabe a genannten Art mit gefährlichen Gütern oder Kraftomnibusse mit Fahrgästen" wird in Nummer 11.2.2 in der Spalte "Regelsatz in Euro bei Begehung innerhalb geschlossener Ortschaften (außer bei Überschreitung für mehr als fünf Minuten Dauer oder in mehr als zwei Fällen nach Fahrtantritt)" die Angabe "40" durch die Angabe "60" ersetzt.
- p) Der Anhang (zu Nummer 12 der Anlage) "Tabelle 2 Nichteinhalten des Abstandes von einem vorausfahrenden Fahrzeug" wird wie folgt gefasst:

"Anhang (zu Nummer 12 der Anlage)

Tabelle 2

Nichteinhalten des Abstandes von einem vorausfahrenden Fahrzeug

Lfd. Nr.		Regelsatz in Euro	Fahrverbot
12.5	Der Abstand von einem vorausfahrenden Fahrzeug betrug in Metern a) bei einer Geschwindigkeit von mehr als 80 km/h		

12.5.1	weniger als 5/10 des halben Tachowertes	75	
12.5.2	weniger als 4/10 des halben Tachowertes	100	
12.5.3	weniger als 3/10 des halben Tachowertes	160	
12.5.4	weniger als 2/10 des halben Tachowertes	240	
12.5.5	weniger als 1/10 des halben Tachowertes	320	
12.6	b) bei einer Geschwindigkeit von mehr als 100 km/h		
12.6.1	weniger als 5/10 des halben Tachowertes	75	
12.6.2	weniger als 4/10 des halben Tachowertes	100	
12.6.3	weniger als 3/10 des halben Tachowertes	160	Fahrverbot 1 Monat
12.6.4	weniger als 2/10 des halben Tachowertes	240	Fahrverbot 2 Monate
12.6.5	weniger als 1/10 des halben Tachowertes	320	Fahrverbot 3 Monate
12.7	c) bei einer Geschwindigkeit von mehr als 130 km/h		
12.7.1	weniger als 5/10 des halben Tachowertes	100	
12.7.2	weniger als 4/10 des halben Tachowertes	180	

12.7.3	weniger als 3/10 des halben Tachowertes	240	Fahrverbot 1 Monat
12.7.4	weniger als 2/10 des halben Tachowertes	320	Fahrverbot 2 Monate
12.7.5	weniger als 1/10 des halben Tachowertes	400	Fahrverbot 3 Monate".

5. Der Anhang (zu § 3 Absatz 3) "Tabelle 4 Erhöhung der Regelsätze bei Hinzutreten einer Gefährdung oder Sachbeschädigung" wird wie folgt gefasst:

"Anhang (zu § 3 Absatz 3)

Tabelle 4

**Erhöhung der Regelsätze bei Hinzutreten einer Gefährdung
oder Sachbeschädigung**

Die im Bußgeldkatalog bestimmten Regelsätze, die einen Betrag von mehr als 55 Euro vorsehen, erhöhen sich beim Hinzutreten einer Gefährdung oder Sachbeschädigung, soweit diese Merkmale nicht bereits im Grundtatbestand enthalten sind, wie folgt:

Bei einem Regelsatz für den Grundtatbestand von Euro	mit Gefährdung auf Euro	mit Sachbeschädigung auf Euro
60	75	90
70	85	105
75	90	110
80	100	120
90	110	135
95	115	140

100	120	145
110	135	165
120	145	175
130	160	195
135	165	200
140	170	205
150	180	220
160	195	235
165	200	240
180	220	265
190	230	280
200	240	290
210	255	310
235	285	345
240	290	350
250	300	360
270	325	390
280	340	410
285	345	415
290	350	420
320	385	465
350	420	505
360	435	525
380	460	555
400	480	580
405	490	590
425	510	615

440	530	640
480	580	700
500	600	720
560	675	810
570	685	825
600	720	865
635	765	920
680	820	985
700	840	1000
760	915	1000

Enthält der Grundtatbestand bereits eine Gefährdung, führt Sachbeschädigung zu folgender Erhöhung:

Bei einem Regelsatz für den Grundtatbestand von Euro	mit Sachbeschädigung auf Euro
60	75
70	85
75	90
80	100
100	120
150	180".

Artikel 5

Änderung der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr

Die Anlage zur Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr vom 25. Januar 2011 (BGBl. I S. 98), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 151 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In den Nummern 145 und 251 wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.
2. In der Nummer 209 wird die Spalte "Gegenstand" wie folgt gefasst:
"Verwarnung nach den Regelungen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a Absatz 2 Nummer 2 StVG), Ermahnung oder Verwarnung nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Absatz 5 Satz 1 Nummer 1 oder 2 StVG)".
3. In der Nummer 210 wird die Spalte "Gegenstand" wie folgt gefasst:
"Anordnung der Teilnahme an einem Aufbauseminar (§ 2a Absatz 2 Nummer 1 StVG) einschließlich der Mitteilungen an das Kraftfahrt-Bundesamt".
4. In der Nummer 214.6 wird in der Spalte "Gegenstand" die Angabe "§§ 36, 43 FeV" durch die Angabe "§ 36 FeV" ersetzt.
5. Nummer 215 wird durch folgende Nummern 215 bis 215.8 ersetzt:

Gebühren- Nummer	Gegenstand	Gebühr Euro
"215	Seminarerlaubnis Verkehrspsychologie (§ 4a Absatz 3 StVG)	
215.1	Erteilung der Seminarerlaubnis	40,90
215.2	Erteilung der Seminarerlaubnis nach vorangegangener Versagung, Rücknahme oder Widerruf oder nach vorangegangenem Verzicht	33,20 bis 256,00

215.3	Berichtigung eines Erlaubnisbescheides	7,70
215.4	Erlaubnisbescheid als Ersatz für einen verlorenen oder unbrauchbar gewordenen, außer den Kosten einer etwaigen öffentlichen Ungültigkeitserklärung	15,30 bis 38,30
215.5	Rücknahme oder Widerruf der Seminarerlaubnis	33,20 bis 256,00
215.6	Zwangswise Einziehung eines Erlaubnisbescheides. Diese Gebühr ist auch fällig, wenn die Voraussetzung für die zwangsweise Einziehung erst nach Einleiten der Zwangsmaßnahme beseitigt worden ist.	14,30 bis 286,00
215.7	Überprüfung einer verkehrspsychologischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars (§ 4a Absatz 8 Satz 1 Nummer 1 StVG). Die Gebühr ist auch zu entrichten, wenn die Untersuchung (Überwachung) ohne Verschulden der nach Landesrecht zuständigen Behörde und ohne ausreichende Entschuldigung des Inhabers der Seminarerlaubnis Verkehrspsychologie am festgesetzten Termin nicht stattfinden oder nicht zu Ende geführt werden konnte.	30,70 bis 511,00
215.8	Versagung der Seminarerlaubnis	33,20 bis 256,00".

6. Nach Nummer 256 werden folgende Nummern 257 und 258 eingefügt:

"257	Bewertung alternativer Lehr- und Lernmethoden und Medien zur Gestaltung der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars nach § 42 Absatz 2 FeV einschließlich der Auslagen für eine externe Begutachtung	1 000,00 bis 10 000,00
------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------

258	Anerkennung eines Qualitätssicherungssystems für die verkehrspsychologische Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars nach § 4a Absatz 8 StVG	nach dem Zeitaufwand mit 12,80 Euro je angefangene Viertelstunde Bearbeitungszeit".
-----	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------

7. Nummer 302.2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach dem Wort "Fahrlehrerlaubnis" wird das Wort "oder" durch ein Komma ersetzt.
- b) Nach den Wörtern "der Seminarerlaubnis (§ 31 FahrlG)" werden die Wörter "oder der Seminarerlaubnis Verkehrspädagogik (§ 31a FahrlG)" eingefügt.
- c) Nach dem Wort "Fahrlehrerscheins" wird das Wort "oder" durch ein Komma ersetzt.
- d) Nach dem Wort "Erlaubnisurkunde" werden die Wörter "oder des Vermerks auf dem Fahrlehrerschein" eingefügt.

8. In Nummer 302.5 werden nach den Wörtern "§ 31 Absatz 2 Satz 4" die Wörter ", § 31b Absatz 1, § 31c" eingefügt.

9. Nummer 302.6 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Wörtern "der Fahrlehrerlaubnis" wird das Wort "oder" durch ein Komma ersetzt.
- b) Nach den Wörtern "der Seminarerlaubnis (§ 31 FahrlG)" werden die Wörter "oder der Seminarerlaubnis Verkehrspädagogik (§31a FahrlG)" eingefügt.
- c) Nach dem Wort "Fahrlehrerscheins" wird das Wort "oder" durch ein Komma ersetzt.
- d) Nach dem Wort "der Erlaubnisurkunde" werden die Wörter "oder des Vermerks auf dem Fahrlehrerschein," eingefügt.
- e) Nach den Wörtern "§ 31 Absatz 2 Satz 4" wird die Angabe ", § 31b Absatz 1, § 31c" eingefügt.

10. Nummer 306 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Wörtern "der Seminarerlaubnis (§ 31 FahrlG)," werden die Wörter "der Seminarerlaubnis Verkehrspädagogik (§ 31a FahrlG)," eingefügt.
- b) Nach den Wörtern "§ 31 Absatz 2 Satz 4" wird die Angabe ", §31b Absatz 1, § 31c" eingefügt.

11. Nummer 308.1 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Wörtern "eines Aufbauseminars," werden die Wörter "einer verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars nach § 31a Absatz 7 FahrlG," eingefügt.
- b) Nach den Wörtern "§ 31 Absatz 2 Satz 4" wird die Angabe ", § 31b Absatz 1 und 3, § 31c" eingefügt.

12. Nummer 310 wird wie folgt geändert:

- a) Nach den Wörtern "(§ 31 FahrlG) oder deren Erweiterung," werden die Wörter "der Seminarerlaubnis Verkehrspädagogik (§ 31a FahrlG)," eingefügt.
- b) Nach den Wörtern "§ 31 Absatz 2 Satz 4" wird die Angabe ", § 31b Absatz 1, § 31c" eingefügt.

13. Nach Nummer 310 wird folgende Nummer 311 eingefügt:

"311	Genehmigung eines Qualitätssicherungssystems für die verkehrspädagogische Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars oder für den Einweisungslehrgang nach § 34 Absatz 3 FahrlG	nach dem Zeitaufwand mit 12,80 Euro je angefangene Viertelstunde Bearbeitungszeit".
------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------

Artikel 6

Änderung der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung

In § 5b der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung vom 31. Juli 1995 (BGBl. I S. 1011), die zuletzt durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 730) geändert worden ist, wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr

In § 10 Absatz 2 Satz 3 der Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr vom 21. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3120), wird das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

Artikel 8

Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung

In Nummer 2.1 Satz 2 der Anlage VIIIc, Nummer 2.1 Satz 2 der Anlage XVIIa, Nummer 2.1 Satz 2 der Anlage XVIIIc, Nummer 2.1 der Anlage XVIII d der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 26. April 2012 (BGBl. I S. 679), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 19. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2232) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Verkehrszentralregister" durch das Wort "Fahreignungsregister" ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Fahrschüler-Ausbildungsordnung

Die Anlage 1 der Fahrschüler-Ausbildungsordnung vom 19. Juni 2012 (BGBl. I S. 1318), die zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 13. Januar 2013 (BGBl. I S. 35) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nummer 11 Buchstabe e wird wie folgt gefasst:

"e) **Fahreignungsregister**

Fahreignungs-Bewertungssystem".

2. Nummer 12 Buchstabe b wird wie folgt gefasst:

"b) **Hilfen**

insbesondere durch

- Aufbauseminare, besondere Aufbauseminare und verkehrspsychologische Beratungsgespräche (Führerschein auf Probe)
- Fahreignungsseminare (Fahreignungs-Bewertungssystem)
- Erfahrungsaustausch für Fahranfänger".

Artikel 10

Änderung der Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz

Die Durchführungsverordnung zum Fahrlehrergesetz vom 19. Juni 2012 (BGBl. I S. 1346), die zuletzt durch Artikel 4 der Verordnung vom 10. Januar 2013 (BGBl. I S. 35) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden die Wörter "nach § 31 des Fahrlehrergesetzes" angefügt.
 - b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort "Seminarerlaubnis" die Wörter "nach § 31 des Fahrlehrergesetzes" eingefügt.
 - c) In Absatz 3 Nummer 2 wird das Wort "und" durch einen Punkt ersetzt.
 - d) Absatz 3 Nummer 3 wird gestrichen.

2. In § 14 werden in der Überschrift die Wörter "nach § 31 des Fahrlehrergesetzes" angefügt.

3. Nach § 14 wird folgender § 14a eingefügt:

"§ 14a Überwachung der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars nach § 31a Absatz 7 des Fahrlehrergesetzes und des Einweisungslehrgangs nach § 31b Absatz 3 des Fahrlehrergesetzes

Die Überwachung der verkehrspädagogischen Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars nach § 31a Absatz 7 des Fahrlehrergesetzes und des Einweisungslehrgangs nach § 31b Absatz 3 des Fahrlehrergesetzes, jeweils in Verbindung mit § 33 des Fahrlehrergesetzes, bestimmt sich nach § 43 der Fahrerlaubnis-Verordnung."

4. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe "oder § 4" gestrichen.
 - b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

"(2a) Die Inhalte und Methoden der Fortbildung für Inhaber einer Seminarerlaubnis Verkehrspädagogik nach § 31a des Fahrlehrergesetzes sind an den Inhalten und Methoden der Anlage 16 der Fahrerlaubnis-Verordnung zu orientieren."

6. In der Anlage 4 werden in der Fußnote *) die Wörter "Aufbauseminar = ASF o. ASP" durch die Wörter "Aufbauseminar = ASF , verkehrspädagogische Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars = FES" ersetzt.
7. In der Anlage 5 werden die Wörter "Aufbauseminar für Punktauffällige (ASP)" durch die Wörter "verkehrspädagogische Teilmaßnahme des Fahreignungsseminars (FES)" ersetzt.

Artikel 11

Aufhebung der Ersten Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung

Die Erste Verordnung über Ausnahmen von den Vorschriften der Fahrerlaubnis-Verordnung vom 15. April 2011 (BGBl. I S. 650) wird aufgehoben.

Artikel 12

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am ... [Einsetzen: Tag des Inkrafttretens des Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze nach Artikel 9 Absatz 1 dieses Gesetzes] in Kraft.

(2) Artikel 1 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.!

B

E n t s c h l i e ß u n g

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Bußgeldkatalog-Verordnung unter Berücksichtigung der mit der Neunten Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften verbundenen Änderungen insgesamt zu überarbeiten und innerhalb eines Jahres den Entwurf einer Änderungsverordnung vorzulegen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat in ihrer Gegenäußerung (BT-Drucksache 17/12636) darauf hingewiesen, dass die beabsichtigte Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung im Rahmen der Reform des Verkehrszentralregisters auf das für die Reform notwendige Maß beschränkt ist und sie zeitnah prüfen werde, ob Anpassungen von weiteren Regelsätzen vorgenommen werden müssen.

Aus Sicht der Länder ist eine vollständige Überarbeitung der Bußgeldkatalog-Verordnung erforderlich. Die mit der vorliegenden Reform verbundenen punktuellen Änderungen des Bußgeldkatalogs dienen dazu, die neue Eintragungsgrenze zu erreichen, sind jedoch mit den übrigen Tatbeständen nicht abgestimmt und führen zu Ahndungsunterschieden, die sachlich nicht begründbar sind.